

„Gehörlose Eltern brauchen Dolmetscher“

Baden-Württemberg hinkt Entwicklung hinterher – Übergabe von 5000 Unterschriften an Sozialminister Manne Lucha

Im September übergaben Vertreter des Landesverbands der Gehörlosen Baden-Württemberg 4960 Unterschriften an Landessozialminister Manne Lucha. Zentrale Forderung der Unterschriftenaktion ist es, gehörlosen Eltern die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschern für alle Termine in Schulen und Kindergärten ihrer Kinder zu ermöglichen.

„Ein wichtiger Schritt dazu ist die gesetzliche Verankerung des Anspruchs auf Dolmetscher, um die Kommunikation zwischen Kindergarten, Schule und Elternhaus zu gewährleisten“, betont der Gehörlosenlandesverband, in dem sich rund 2400 Betroffene in 31 Mitgliedsvereinen landesweit organisieren. Zahlreiche Bundesländer haben dazu schon vor Jahren entsprechende Gesetze oder Verordnungen erlassen.

„Baden-Württemberg hinkt der Entwicklung hinterher“, beklagt die Interessenvertretung gehörloser Menschen, die bereits seit 1995 mit dem VdK Baden-Württemberg kooperiert. Am Treffen mit Sozialminister Lucha nahm auch der CDU-Landtagsabgeordnete Ulli Hockenberger, zugleich stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Soziales und Integration, teil, zudem Frank Kissling, der Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe, und für den Gehörlosenverband dessen Landesvorsitzender Wolfgang Rei-

ner und dessen Bildungsbeauftragter Markus Fertig.

Zunächst versicherte der Sozialminister, dass das Land sich seiner Verantwortung für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung sehr bewusst sei. Und er bescheinigte dem Gehörlosenverband – auch mit Blick auf die Arbeit im Landesbehindertenbeirat –, ein verlässlicher Partner zu sein. Manne Lucha erinnerte aber an die Schuldenbremse und an Einsparauflagen, mit denen sein Ministerium umgehen müsse. Vor diesem Hintergrund könne er keine finanziellen Zusagen machen.

Vorbild Bayern

Lucha sicherte jedoch zu, den Bedarf zu prüfen und in anderen Bundesländern Informationen zur Pro-Kopf-Inanspruchnahme von Dolmetscherkosten für die Kommunikation zwischen Eltern und Schule einzuholen. Eine ausführliche Analyse bilde den Ausgangspunkt für mögliche weitere Schritte hin zu einer Aufstockung des Budgets oder einer gesetzlichen Verankerung des Anspruchs gehörloser Eltern.

Frank Kissling, dessen LAG Selbsthilfe als Dachverband von 59 Verbänden der Behindertenselbsthilfe das Anliegen der Gehörlosen unterstützt, verwies auf das Landes-Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG). Es habe insgesamt eine Verbesserung gebracht, allerdings seien im konkreten Fall



Foto: Landesverband der Gehörlosen BW

Markus Fertig, Frank Kissling, Wolfgang Reiner, Sozialminister Manne Lucha und MdL Ulli Hockenberger (von links).

Nachbesserungen erforderlich, um die volle Teilhabe von gehörlosen Eltern zu erreichen. Er empfahl dem Minister einen Blick nach Bayern, wo das Recht hörbehinderter Eltern auf die Kostenübernahme von Dolmetschern für die Kommunikation mit Kindertageseinrich-

tungen, Tagespflegestellen und Schulen bereits seit 2006 gesetzlich festgeschrieben ist.

Wolfgang Reiner und Markus Fertig forderten als Vertreter des Landesverbands der Gehörlosen Sozialminister Lucha auf, konkrete Schritte zur Verbesserung der Situ-

ation von gehörlosen Eltern zu unternehmen. Fertig erklärte, dass das aktuell vom Sozialministerium als freiwillige Leistung zur Verfügung gestellte Budget in Höhe von rund 80 000 Euro jährlich lediglich ausreiche, um die Dolmetscherkosten für Elternabende in der Schule, für Lehrergespräche und für Informationsabende über weiterführenden Schulen zu finanzieren. Dies decke jedoch nicht den tatsächlichen Bedarf und müsse aufgestockt werden.

„Gehörlosen Eltern bleibt der Zugang zu wichtigen Teilen des Lebens ihrer Kinder in Kindergarten und Schule verwehrt“, hob Fertig hervor und verwies auf wichtige Bereiche, die aktuell nicht finanziert werden, wie Elternbeiratsarbeit, Elternabende in Kindertagesstätten, Veranstaltungen in Schulen und Kindertagesstätten oder auch Infoabende zu bedeutenden Themen wie Drogen, Umgang mit sozialen Medien und Mobbing.